

MMV 10 / 2409

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990

Einzelplan 04 - Justizminister

- Drucksache 10/4600 und 4826 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Rechtsausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Klütsch SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 04 - Justizminister - wird mit nachstehenden  
Änderungen angenommen.

Bericht .

MMV 10 / 2409

A Allgemeines

Der Rechtsausschuß hat den Entwurf des Einzelplans 04 - Justizminister - in den Sitzungen am 4. und 25. Oktober beraten und ihn am 17. November 1989 mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

In die Beratungen des Ausschusses wurden die Vorlagen des Justizministers mit dem Gesamtüberblick über den Personalhaushalt (Vorlage 10/2322) und mit dem Gesamtüberblick über sächliche Ausgaben und Ausgaben für Investitionen (Vorlage 10/2323) im Einzelplan 04 (Justizminister) mit einbezogen. Als Beratungsunterlagen dienten auch das Schreiben des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, Landesverband e.V. Nordrhein-Westfalen vom 2. August 1989 (Zuschrift 10/2941) mit den Haushaltsforderungen des Bundes zum Personalhaushalt 1990; das Schreiben des Deutschen Berufsverbandes der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen e.V., Fachgruppe Bewährungs- und Straffälligenhilfe, Landesfachgruppe Nordrhein-Westfalen vom 21. September 1989 (Zuschrift 10/2979) mit einer Darstellung der Belastung der Bewährungshilfe und entsprechenden Forderungen an den Haushaltsplan 1990; das Schreiben des Bundes Deutscher Rechtspfleger, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vom 28. März 1989 (Zuschrift 10/2996) mit Stellenanmeldungen zum Haushalt 1990 sowie das Schreiben des Bundes Deutscher Finanzrichter, Landesverband Nordrhein-Westfalen vom 28. September 1989 (Zuschrift 10/3004) mit einer Darstellung der Situation der Finanzgerichtsbarkeit und Forderungen nach einer Personalverstärkung. Weitere Forderungen und Vorschläge zur Verbesserung der Personalsituation gingen darüberhinaus dem Ausschuß bereits

vor Einbringung des Haushaltsplans 1990 von Seiten des Arbeitskreises der Sozialarbeiter in den Führungsaufsichtsstellen, der Landesarbeitsgemeinschaft der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen bei den Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, Landesverband e. V. Nordrhein-Westfalen zu und wurden ebenfalls mit berücksichtigt. Die Vereinigung der Verwaltungsrichter des Landes Nordrhein-Westfalen trügen mit Schreiben vom 31. Oktober ihre Sorgen über die Haushaltsberatungen 1990 vor.

## B Personaltitel

### 1. Die CDU Fraktion beantragte

bei Kapitel 04 040 - Gerichte und Staatsanwaltschaften -

- a) bei Titel 422 10 - Bezüge der Beamten und Richter -  
den Ansatz von 889 380 700 DM  
um 3 000 000 DM  
auf 892 380 700 DM und
- b) die Stellen für beamtete Hilfskräfte - Besoldungsgruppe A 9 (Sozialspektoren z. A.) von 95 um 60 auf 155 zu erhöhen, als partieller Ausgleich des Stellenfehlerbestandes im Bereich der Bewährungshilfe.

Der Antrag wurde mit 6 Stimmen der Fraktion der SPD gegen 5 Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. und 2 Enthaltungen der SPD abgelehnt.

- ### 2. Zu Kapitel 04 050 - Justizvollzugseinrichtungen -
- Titel 422 10 - Bezüge der Beamten und Richter beantragte die Fraktion der SPD die zusätzliche Einrichtung einer beamteten Hilfsstelle der Besoldungsgruppe A 9 (Sozialinspektor z.A.) sowie zum gleichen Kapitel

Titel 425 10 - Bezüge der Angestellte - zusätzliche  
13 Hilfsstellen der Vergütungsgruppe VII/VIII BAT  
(Angestellte im allgemeinen Vollzugsdienst).

Diese neuen insgesamt 14 Stellen sind nach der von der  
antragstellenden Fraktion gegebenen Begründung dringend  
erforderlich zur personellen Ausstattung der Mutter-  
Kind-Abteilung beim Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg.  
Die Einrichtung soll im Laufe des Jahres 1990 eröffnet  
werden. Die Stellen seien bereits im Haushaltsplan 1989  
vorgesehen aber letztlich wegen fehlenden Bedarfs nicht  
eingebracht worden.

Der Antrag wurde bei Stimmenthaltungen der Fraktionen der  
CDU und der F.D.P. mit den Stimmen der SPD angenommen.

3. Die CDU Fraktion beantragte

bei Kapitel 04 050 - Justizvollzugseinrichtungen -

a) bei Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf -  
den Ansatz von 13 000 000 DM  
um 2 100 000 DM  
auf 15 100 000 DM und

b) die Stellen für Justizvollzugsassistentenanwärter -  
Besoldungsgruppe A 5 - von 670 um 140 auf 810 sowie die  
entsprechende Einstellungsermächtigung von 208 um 140  
auf 348 zu erhöhen als Ausgleich der Arbeitszeitver-  
kürzung im Schichtdienst.

Die von der CDU Fraktion beantragten Stellenvermehrungen, so  
der Sprecher der SPD Fraktion, seien auch in seiner Fraktion  
heftig und kontrovers diskutiert worden. Der Arbeitskreis  
"Recht" habe sich leider nicht mit seiner Auffassung  
durchsetzen können, daß eine volle Ausgleichung der

Arbeitszeitverkürzung insbesondere im Vollzugsbereich dringend notwendig wäre. Man könne nunmehr nur auf die Landesregierung verweisen, die als Tarifvertragspartner in erster Linie die Verantwortung dafür trage, daß die Tarifabschlüsse nicht bereits im Kabinett umgesetzt worden seien.

Der Sprecher der CDU Fraktion hielt solche Schuldzuweisungen für unverantwortlich und unglaubwürdig. Die Anträge seiner Fraktion seien angemessen, da nur der Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung gefordert werde. Die Forderungen blieben noch hinter denen der Verbände zurück.

Auch die F.D.P. Fraktion hält eine völlige Umsetzung der Tarifabschlüsse für geboten. Durch die Tarifparteien sei ein Vertrauenstatbestand geschaffen worden. Die Tarifparteien hätten auf eine Umsetzung der Abschlüsse vertrauen dürfen und würden jetzt enttäuscht, weil noch nicht einmal die rein rechnerischen Einsparungen umgesetzt würden.

Der Justizminister erklärte, daß er nach wie vor zur einstimmigen Auffassung des Kabinetts stehe, die Arbeitszeitverkürzung nicht voll auszugleichen. In den nordrhein-westfälischen Vollzugsanstalten sei das Betreuungsverhältnis Gefangener zu Bediensteter so gut wie in keinem anderen Flächenland der Bundesrepublik. Man müsse die Dienste eben so organisieren, daß die anfallenden Aufgaben erledigt werden können. Auch würden durch den Wegfall der Stellenbesetzungssperre 143 Stellen des allgemeinen Vollzugsdienstes sofort besetzbar, was defacto einer Aufstockung gleich käme.

Der Antrag wurde mit 6 Stimmen der Fraktion der SPD gegen 5 Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. und 2 Enthaltungen der SPD abgelehnt.

C Sach- und Investitionstitel

Bei Kapitel 04 040 - Gerichte und Staatsanwaltschaften -  
Titel 741 00 - Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Dortmund  
... - beantragte die SPD-Fraktion die Ausbringung folgenden  
Haushaltsvermerks:

"Minderausgaben bei den Ausgaben der Hauptgruppe 7 dürfen für  
den Baubeginn eingesetzt werden"; und die nachfolgenden Ände-  
rungen der Erläuterungen.

Gesamtkosten nach vorläufiger	
Kostenschätzung	49 000 000 DM
Verausgabt 1979 - 1988	1 730 600 DM
Bewilligt 1989	100 000 DM
Nach 1989 übertragene Ausgabenrest	81 900 DM
Veranschlagt 1990	700 000 DM
	<hr/>
Vorbehalten	46 387 500 DM

Die antragstellende Fraktion möchte mit ihrem Änderungsantrag  
sicherstellen, daß nach Abschluß der Vorarbeiten sofort mit der  
Baumaßnahme begonnen werden kann, sobald die Gelder zur  
Verfügung stehen.

Der Antrag wurde bei Stimmenthaltungen der Fraktionen von CDU  
und F.D.P. mit den Stimmen der Fraktion der SPD angenommen.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 04 mit den oben  
angeführten Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD  
gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P.  
angenommen.

Marlis Robels  
stellv. Vorsitzende

MM V 10 / 2409

B/1

Der Finanzminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß  
des Landtags

- Anlage zu Vorlage 10/2409 -

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1990

Einzelplan 04 : Justizminister

Anlage : Änderungen in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 04: Justizminister

Anlage : Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
04 040	Gerichte und Staatsanwaltschaften			

741 00 Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Dortmund und Neu-  
bau für die Staatsanwaltschaft Dortmund und aus diesem An-  
laß erforderliche Umbauarbeiten in den Altbauten - weitere  
Vorarbeitskosten - 700.000 - 700.000

(Ausbringung des folgenden Haushaltsvermerks:)

Minderausgaben bei den Ausgaben der Hauptgruppe 7 dürfen  
für den Baubeginn eingesetzt werden.

(Änderung der Erläuterungen:)

Gesamtkosten nach vorläufiger Kostenschätzung: 49.000.000 DM

Verausgabt 1979 - 1988 1.730.600 DM  
Bewilligt 1989 100.000 DM  
Nach 1989 übertragene Ausgabereste 81.900 DM  
Veranschlagt 1990 700.000 DM

Vorbehalten 46.387.500 DM

Einzelplanabschluß unverändert.